

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hüttsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N 36.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Schätzinserate pro Säule oder deren Raum 25. für Jährl. 16 Pf. Off. Annahme 10 Pf.

Zur Beachtung!

Heute ist der 36. Wochenbeitrag fällig.

Streiks oder Ausperrungen

Bestehen in Hamburg, Hochspeyer und Gartha.
An Streiks oder Ausperrungen beteiligt sind wir in Weissen, Bamperthel und Kiel.

Buzug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Eine wichtige Frage.

Eine für die gewerkschaftliche Weiterentwicklung und damit für das materielle und geistige Wohl der Arbeiterschaft hochbedeutsame Angelegenheit ist zurzeit in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion gerückt. Es ist die Frage des Landtagswahlrechts.

Um die Wichtigkeit dieser Frage für die gewerkschaftliche Bewegung darzutun, ist nur notwendig, darauf hinzuweisen, daß der Landtag dasjenige Parlament ist, welches bisher allen Kulturforderungen zum Hohne die Ausnahmebestimmungen gegen die Landarbeiter hartnäckig verteidigt, die Gesindeordnung aufrecht erhält, dem die Vergesetzgebung untersteht und das über die Arbeitsverhältnisse in den Staatsbetrieben bestimmt und trotz des bestehenden Koalitionsrechtes allen Staatslöhnen sondern dieses Recht verwehrt. Das Urteil darf man nach den gemachten Erfahrungen fällen: der preußische Landtag, in seiner bisherigen Zusammensetzung, läßt eine mit den anderen Organisationen gleichwertige Organisation für Landarbeiter und Gesinde nicht auskommen, an dem reaktionären Wall dieser Institution finden alle Kulturwellen den stärksten, erbittertesten Widerstand.

Für einen großen Teil der proletarischen Bevölkerung verhindert der Landtag die gewerkschaftliche Weiterentwicklung, und die reaktionäre Herrschaft im Landtag ist gesichert, so lange das preußische Dreiklassenwahlrecht besteht. Aus diesem Grunde ist die Wahlrechtsfrage für die Gewerkschaftswelt von eminenter Bedeutung. Der Selbstbehaltungstrieb zwingt die Gewerkschaften dazu, im Kampfe gegen das Dreiklassenwahlrecht nicht passiv beiseite zu stehen, in diesen Kampf aktiv einzutreten, bei dem Sturm gegen das Vollwerk der Reaktion in der Vorhut zu marschieren. Die unerlässliche Notwendigkeit eines solchen Kampfes haben ja sogar die christlichen Gewerkschaften eingesehen. Besonders die Bergarbeiter hatten schon wiederholt Gelegenheit, die Geißel der preußischen Vergesetzgebung zu lösen. Darüber kann kein Zweifel sein: das preußische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit hat das Dreiklassenwahlrecht satt! Und es kam weiter keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn die parlamentarischen Vertreter der proletarischen Wähler ihre Schuldigkeit getan hätten, in den Wall der preußischen Reaktion schon längst Lücken gerissen wären. Doch wollen wir uns jetzt nicht in historischen Reminiszenzen ergehen, sondern kurz untersuchen, welche Aussichten sich jetzt eröffnen und was zu tun ist.

Bei der letzten Reichstagswahl haben Regierung und sämtliche bürgerlichen Parteien behauptet, die Sozialdemokratie sei das größte Hindernis für sozialen Fortschritt. Der konservativ-liberale Block hat seine soziale Fruchtbarkeit bisher dadurch bewiesen, daß er mit seiner Mehrheit auch noch nicht das Allergeringste für die Arbeiterschaft geleistet hat. Aber man mußte und wollte doch zeigen, daß wenigstens der gute Wille vorhanden war, des Volkes Interessen zu fördern. Anfang Januar brachten die Freisinnigen im Landtag einen Antrag ein, der eine Reform des Landtagswahlrechts forderte. Und die allerzeit zur Verhinderung der Masse bereite Zentrumspartei äffte schmunzlig nach. Neben 30 Jahre lang hatte diese „Volkspartei“ nichts zur Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts getan. Ja, das Zentrum wie auch die liberalen Parteien hatten der vorjährigen Wahlrechtsbewegung nach Möglichkeit Steine in den Weg gerollt. zunächst benannte man die Bewegung als einen Versuch, die offene Revolution herbeizuführen, nachher spottete man über die Volksbewegung — die nur eine Komödie gewesen sei.

Der in der damaligen Bewegung zutage getretene Volkswille war aber doch stark genug, eine Unterströmung auszulösen; die ständig das Fundament des Landtages umspülte. Regierung und bürgerliche Parteien konnten sich nicht der Erkenntnis verschließen, daß das bestehende Landtagswahlrecht nicht lange mehr zu halten sei, aber Wichtiges zu opfern von den Privilegien der Junker, Industriekönige und der Großfäuste, war man nicht geneigt; durch einige Scheinkonzessionen sollte das Volk überredet und beschwichtigt werden. Nun war es Zeit, die liberalen Parteien und das Zentrum zu zwingen, offen Farbe zu bekennen, ob man entschlossen sei, nun endlich den Kampf für ein besseres Wahlrecht aufzunehmen, oder ob man an dem Betrugs, des Volks mit einigen Scheinkonzessionen abzuseilen, sich beteiligen wollte. Dem „Vorwärts“ gelang es denn auch, den Freisinnigen

Hannover,
Sonnabend, den 7. September 1907.

Verlag: A. Dohrberg, Hannover, Münster 5.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Schneider, Hannover, Münsterstrasse 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von E. A. H. Meister & Co., Hannover.

16. Jahrg.

alle Fluchtstüren zu vernageln und die führenden Persönlichkeiten und Organe legten sich auf die Forderung des Reichstagwahlrechts für Preußen fest. Nun lag die Entscheidung beim Zentrum. Erklärte sich dieses ebenso wie der Freisinn für ein entschiedenes Eintreten in die Bewegung zur Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts, dann stand ein so überwiegend großer Teil des Volkes hinter dieser Forderung, daß die Widerstände zusammenbrechen müssten.

Das „demokratische“ Zentrum, das so vielfach als das kleinere Uebel bewertet worden ist, zeigte sich nun also wieder im vollen Glanz seiner Demagogie, es blieb seiner Gewohnheit treu, verriet zugunsten seiner Fraktionsinteressen die Interessen seiner Wähler, die des gesamten arbeitenden Volkes. Obwohl die Fraktion im Januar einen Wahlreformantrag eingebracht hatte, erklärte die „Germania“, das Zentralorgan der Zentrumspartei, jetzt mit freiem Hohn, das Zentrum habe kein großes Interesse an einer Wahlrechtsänderung, es stehe sich ja ganz gut bei dem Dreiklassenwahlrecht. In souveräner Berachtung der katholischen Arbeiter bemerkte das Blatt weiter, das Zentrum sei gar nicht mal eine begeisterte Anhängerin des allgemeinen und gleichen Wahlrechts des Reichstages. Aber das Zentrum bot sich der Reaktion nicht nur in dieser Weise als Schutz- und Hülfstruppe an, es präsentierte der Regierung auch gleichzeitig ein erweitertes Flottenprogramm, durch das dem Volke wieder mehrere hundert Millionen Mark neuer Lasten aufgebürdet werden sollen. Diese Haltung des Zentrums greift in einschneidiger Weise in die Lebensinteressen der Gewerkschaften ein. Vor allem sind es die Landarbeiter, die Berglohnslabien, die Staatsarbeiter und Unterbeamten und ferner noch die der Gesindeordnung unterstehenden Personen, deren Hoffnungen durch das Zentrum vernichtet, deren wirtschaftliches und kulturelles Vorwärtsstreben erheblich gehemmt wird. Bisher hat das Zentrum sich immer darauf berufen, daß es im Landtage bei Vertretung von Arbeiterinteressen zu wenig Unterstützung durch andere Parteien gefunden habe, um mehr als das jeweilige Erlangte herauftauchen zu können. So hat es sich zum Beispiel auch noch nach der letzten Reform des Vergesetzes entschuldigt. Diese Reform brachte den Arbeitern nach den Aussprüchen christlicher Gewerkschaftsführer — Steine statt Brot! Aber man hat die Anschuldigung des Zentrums, es habe nicht mehr erreichen können, gelassen und vertrauensselig gab man kurz darauf den Zentrumsländern wiederum die Stimme.

Angesichts der jetzigen Situation darf man wohl fragen: was werden die christlichen Gewerkschaften nun tun? Werden sie schweigen zu dem offenkundigen Volksverrat, zu der Verleugnung der gewerkschaftlichen Interessen durch das Zentrum? Hier heißt es klipp und klar Antwort geben. Für die Folge kann man das Zentrum nicht mehr entschuldigen mit der faulen Ausrede, es sei im Landtag zu schwach, um gegen Konservative und Nationalliberale Arbeiterinteressen nach Gebühr wahrnehmen zu können. Jetzt, wo zweifelsohne die Möglichkeit vorliegt, durch eine Wahlrechtskorrektur eine arbeiterfreundlichere Vertretung im Landtage herbeizuführen, verfügt das Zentrum nicht nur die Mithilfe, es stellt sich offen auf die Seite der Wahlrechtsreformfeinde, der enragiertesten Gewerkschaftsgegner, es kämpft für den Bestand des bestehenden Wahlrechts und damit für Erhaltung der gewerkschaftlichen Weiterentwicklung in Preußen entgegenstehenden landesgesetzlichen Bestimmungen und der reaktionären Landtagsmehrheit. Das Zentrum will keine arbeiterfreundliche Mehrheit, um unter dem heuchlerischen Schein der Ernsthaftigkeit sich als volksfreundliche Partei ausspielen zu können. Die Partei vertritt Forderungen, weil sie weiß, daß die bezügl. Anträge doch abgelehnt werden und man vor der Arbeiter hintreten kann mit der Erklärung: Wir, die Arbeiterfreundlichen, waren zu schwach, um mehr zu erreichen! Für diese Politik des Volksbetriebs sind die christlichen Gewerkschaftsführer mit verantwortlich, weil sie noch bei jeder Gelegenheit dem Zentrum den Rücken gedeckt haben. Trotzdem erheben sie Anspruch darauf, daß die christlichen Gewerkschaften als gleichberechtigte Organisationen anerkannt werden.

Machen sie nun die Verratspolitik des Zentrums mit, füllen sie sich nicht entschlossen auf die Seite der Wahlrechtskämpfer, nehmen sie nicht nachdrücklich Stellung gegen reaktionäre Handlangerdienste der „demokratischen Volkspartei“, dann bedarf es wahrsch. nicht mehr des Nachweises, daß die christlichen Organisationen nicht nur nicht gleichberechtigt sind, dann ist vor aller Welt offenkundig, daß sie nur vorhanden sind, um die Zentrumspolitik zu führen, daß sie nur die Aufgabe haben, die Arbeiter von einer energischen und konsequenten Vertretung abzuhalten.

Die christlichen Gewerkschaften haben umso mehr Ansatz in dieser Frage die Augen auf zu halten, weil der christliche Gewerkschaftsmittel bereits zu einem offenen, zu einem doppelten Vertrag benutzt worden ist. Der sich als Vertretung der christlichen Organisationen aufspielende sogenannte „Nationale Arbeiter-Wahlaußchuß“ wendet sich in einem Aufruf an die „deutschen nationalen Arbeiter“, um Propaganda zu machen für evangelische Arbeiterkandidaten! Mit dem konfessionellen

Bankaspel will man die Arbeiter tödern. Ausdrücklich wird in dem Aufruf erklärt, zu der Frage der Wahlrechtsreform will man nicht prinzipiell Stellung nehmen. In solcher plumpen Weise hofft das Unternehmertum die Arbeiter überreden zu können. Das muß sich doch jedes Kind sagen: zur Vertretung konfessioneller Interessen braucht man doch wahrlich keine speziellen Arbeiterkandidaten, da ist der Pastor viel eher am Platze. Arbeiterkandidaten sollen Arbeiterinteressen vertreten. So lange aber das Wahlrecht nicht geändert ist, werden im Landtage Arbeiterwünsche und -Forderungen einfach ignoriert. Hunderte Male sind die Arbeiter von Junkern und Scharfmachern im Landtage frech verhöhnt und verspottet worden, da ist bewusster Verrat, wenn nun, wo die Aussicht vorhanden ist, durch einen energischen Vorstoß das arbeiterfeindliche, reaktionäre Landtagswahlrecht über den Haufen zu werfen, die Arbeiter verleitet werden sollen, auf eine prinzipielle Stellungnahme zu verzichten.

Ein Ausschluß der wissendsten Scharfmacher könnte nicht frecher, nicht höhnischer die Arbeiter behandeln, als es in der Wahlrechtsfrage durch den „Nationalen Arbeiter-Wahlaußschluß“ geschehen ist.

Wollen die christlichen Gewerkschaften sich nicht mitshuldig machen an der vom Zentrum und von den als Arbeiter-Wahlaußschluß markierten Nationalliberalen inszenierten Verräterei unzweifelhaft wichtiger Gewerkschaftsinteressen, dann gibt es keine Wahl, dann müssen sie hinaus aus dem Winkel stillen Zuschauens, dann haben sie mit aller Macht für die Eroberung des allgemeinen, geheimen und gleichen Wahlrechts für Preußen einzutreten.

Wer in diesem Kampfe versagt, hat offenkundig Gewerkschaftsinteressen verraten. Darum, Kollegen, fordert die Christlichen heraus: Farbe sollen sie bekennen!

Der internationale Kongreß in Stuttgart.

Eine eingehende Würdigung des Ergebnisses der Stuttgarter Woche finden unsere Mitglieder in den politischen Tageszeitungen. Die Aufgaben des Kongresses waren so zahlreiche, schwierige und vielseitige, daß der Raum unseres Blattes eine eingehende Schilderung der Behandlung und mehr oder weniger glücklichen Lösung aller dieser Aufgaben nicht gestaltet. Wir können hier nur einige, für uns als Gewerkschafter besonders wichtige Beschlüsse kurz registrieren.

Die Maifeier stand zwar nicht auf der Tagesordnung des Kongresses, bildete aber einen wichtigen Beratungspunkt einer vorberatenden Sitzung der deutschen Delegation. Hierzu wurde nach längerer Aussprache folgende Resolution angenommen:

Die deutsche Delegation zum internationalen Kongreß in Stuttgart empfiehlt, die Feier des 1. Mai in der Form zu begreifen, wie es in der Resolution des Mannheimer Parteitags niedergelegt ist.

Wo aber die Arbeitsschule Maifregelung zur Folge hat, muß den wegen der Maifeier durch Maifregelung geschädigten Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden, auf die die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch erheben können. Zur Regelung ist die deutsche Delegation zum internationalen Kongreß nicht kompetent. Sie erwartet jedoch von dem nächsten deutschen Parteitag eine Regelung auf folgender Grundlage:

Die Unterstützung ist von der Partei und den Gewerkschaften zu tragen. Die Art, wie die Partei und die Gewerkschaften die dafür erforderlichen Mittel aufzutragen, bleibt einer Verständigung der Räte und der Partei und Gewerkschaften vorbehalten. Dabei ist festzulegen, von welchem Zeitpunkt ab und für welche Dauer die Unterstützung zu gewähren ist.

Nach Annahme dieser Resolution wurde vereinbart, nunmehr von deutscher Seite auf eine Verhandlung der Maifeierfrage auf dem internationalen Kongreß selbst zu verzichten.

Das Beste an dieser Resolution ist die Feststellung, daß Partei und Gewerkschaften sich über die Ausbringung der Mittel verständigen sollen. Es ist nämlich nicht ausgeschlossen, daß bei dieser Verständigung auch einmal über den Rahmen der bloßen Geldbeschaffung und Verteilung hinausgegangen wird. Die Weisung grundlegenden, einwandfreien Materials über die Zahl der Feiernden und der wegen Beteiligung Ausgesetzten, ihre Berufsangehörigkeit und ihre Lohnentnahme, ferner die Beteiligung im Verhältnis zur Zahl der organisierten und der gesamten Berufsangehörigen usw., alles das sind Fragen, deren Klärung eine zutreffende Beurteilung des Vertrages der Maifeier erst ermöglichen. Diesen Fragen dürfte aber in Zukunft mehr Beachtung wie bisher geschenkt werden.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung: Partei und Gewerkschaften, wurde gegen 7 Stimmen eine Resolution angenommen, deren wichtigste Sätze wir nachstehend zum Abdruck bringen:

Ein vollständiger Befreiung des Proletariats aus den Fesseln der geistigen, politischen und ökonomischen Einschließung ist der politische und wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse in gleichem Maße notwendig. Liegt die Aufgabe der sozialistischen Parteiorganisation vorwiegend auf dem Gebiete des politischen Kampfes des Prole-

partiats, so liegt die Ausgabe der gewerkschaftlichen Organisation vornehmlich auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterschaft. Partei und Gewerkschaft haben also im Emanzipationskampfe des Proletariats gleich wichtige Aufgaben zu erfüllen.

Jed der beiden Organisationen hat ein durch ihre Natur bestimmtes eigentliches Gebiet, auf dem sie ihre Aktionen vollständig selbständig zu bestimmen hat. Daneben gibt es aber ein stetig wachsendes Gebiet des proletarischen Klassenkampfes, auf dem Erfolge nur erzielt werden können bei einem gemeinsamen Zusammenspiel zwischen Partei und Gewerkschaftorganisationen.

Der Kampf des Proletariats wird sich daher um so erfolgreicher und günstiger gestalten, je inniger die Beziehungen zwischen Gewerkschafts- und Parteidienstorganisationen sind, wobei die Einheitlichkeit der gewerkschaftlichen Aktionen stets im Auge zu behalten ist.

Der Kongress erklärt es als im Interesse der Arbeiterschaft gelegen, daß in allen Ländern innige Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften hergestellt und dauernd unterhalten werden.

Partei und Gewerkschaften haben sich in ihren Aktionen moralisch zu fördern und zu unterstützen, und in ihren Kämpfen sich bloß solcher Mittel zu bedienen, die für den Befreiungskampf des Proletariats förderlich sind. Sie haben sich gemeinsam zu verständigen, wenn über die Zweckmäßigkeit der angewandten Methoden Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Der Kongress ist der Ansicht, daß die Gewerkschaften um so erfolgreicher den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu führen vermögen, je einheitlicher ihre Organisation, je besser ihre Unterstützungsinstanzen, je kräftiger ihre im gewerkschaftlichen Kampfe unerlässlichen Fonds, je tiefer die Einsicht ihrer Angehörigen in die Bedingungen und Bedingungen des ökonomischen Lebens und je höher ihre Opferwilligkeit und Begeisterung sind, die ausdrücklich aus dem sozialistischen Ideal fließen.

Zur Frage der Einwanderung und Auswanderung wurde nach ausgiebiger Diskussion eine Resolution angenommen, die sich gegen jede Beschränkung der Freizügigkeit und gegen den Ausschluß fremder Nationalitäten richtet. Die einleitenden Sätze dieser Resolution lauten:

Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter sind vom Wesen des Kapitalismus ebenso ungemeinliche Ereignisse wie die Arbeitslosigkeit, Überproduktion und Unterdrückung der Arbeiter. Sie sind oft ein Mittel, den Anteil der Arbeiter an der Arbeitsproduktion herabzusetzen und nehmen zeitweise durch politische, religiöse und nationale Verfolgungen anormale Dimensionen an.

Der Kongress vermag ein Mittel zur Abhülle der von der Aus- und Einwanderung für die Arbeiterschaft etwa drohenden Folgen nicht in irgendwelchen ökonomischen oder politischen Ausnahmeregeln zu erblühen, da diese schändlich und ihrem Wesen nach reaktionär sind, also insbesondere nicht in einer Beschränkung der Freizügigkeit und in einem Ausschluß fremder Nationalitäten oder Rassen.

Dagegen erklärt es der Kongress für eine Pflicht der organisierten Arbeiterschaft, sich gegen die im Gefolge des Massenimports unorganisierter Arbeiter bislang eintretende Herausdrückung ihrer Lebenshaltung zu wahren, und erklärt es außerdem für ihre Pflicht, die Ein- und Ausfuhr von Streikbrechern zu verhindern. Der Kongress erkennt die Schwierigkeiten, welche in vielen Fällen dem Proletariat eines auf hoher Entwicklungsstufe des Kapitalismus stehenden Landes aus der massenhaften Einwanderung unorganisierter und an niedriger Lebenshaltung gewohnter Arbeiter aus Ländern mit vorwiegend agrarischer und landwirtschaftlicher Kultur entstehen, sowie die Schäden, welche ihm aus einer bestimmten Form der Einwanderung entstehen. Er sieht jedoch in der übrigens auch vom Standpunkt der proletarischen Solidarität verwerflichen Auswanderung bestimmar Rationen oder Rassen von der Einwanderung kein geeignetes Mittel, sie zu bekämpfen.

Anschließend an vorstehende Sätze werden eine Reihe Maßnahmen empfohlen, die die Schäden, die den sozial höher stehenden Arbeitern aus der Einwanderung zurückgeliebener, an niedrige Lebenshaltung gewohnter Arbeiter erwachsen, aufzuheben sollen.

Nach Annahme einiger Sympathierevolutionen für die zufälligen Revolutionäre und den vor kurzem in Amerika freigesprochenen Arbeitsschreiter Hoewood erfolgte der Schluß des am Arbeit und Erfolgen reichen Kongresses.

Der nächste internationale Kongress soll in Kopenhagen stattfinden.

Auf Antrag der skandinavischen Delegierten der ungeliebten Arbeiter wurde am Donnerstag, den 22. August, eine Konferenz beabsichtigt Anbahnung internationaler Verbindungen zwischen den Vertretern folgender Organisationen abgehalten: Deutschland: Verband der Fabrik-, Land-, Hüttenarbeiter und Arbeiterinnen. — Österreich: Verband der Arbeiterschaft der chemischen, Papier- und Gummifabrik. — Dänemark: Arbejtsmannsforbund. — Schweden: Grof och Fabriksarbetareförbundet. — Norwegen: Arbejtsmannsforbund.

Berufsgenosse Lyngsie-Dänemark hiess im Namen der skandinavischen „Arbejtsmænd“ die erschienenen willkommen. Er betonte, dass es wünschenswert sei, dass die grosse internationale Arbeiterversammlung, die so viele Repräsentanten der Arbeiterschaft aus Süden und Norden zusammenführt, nicht schließe, ohne dass eine Verbindung zwischen den organisierten ungeliebten Arbeitern des Nordens und des Südens zustande gebracht worden sei.

Die Berufsgenosse Brey-Hannover und Schrammel-Oesterreich schlossen sich dem Gedanken Lyngsies an. So wurde nach zustimmenden Erklärungen der Berufsgenosse Janne Jönsson-Schweden, Aner-Oesterreich und Johannes Sörensen-Dänemark Eu. Würfe zu nachstehenden vorläufigen Bestimmungen vorgelegt:

1. Dass die Frage in allen fünf Organisationen zur Erwägung gestellt werden soll.
2. Zu diesem Zwecke sollen schnellstens Berichte über Beschaffenheit, Umfang und Statuten der Organisation ausgetauscht werden.
3. Es soll durch Briefwechsel zwischen den Leitungen der fünf Organisationen versucht werden, so bald wie möglich einen Entwurf für die statutärmaßen Basis der vorläufigen gemeinsamen Arbeit zu schaffen.
4. Es wird beschlossen, den deutschen Verband der Fabrikarbeiter usw. als Sekretariat für die gemeinsame Arbeit zu betrachten.

und auch, dass die Ausgaben des Sekretariats von allen hier vertretenen Organisationen gemeinsam getragen werden sollen. Berufsgenosse Brey erklärte sich bereit, die Arbeit des Sekretariats zu übernehmen. Alle vier Punkte wurden darauf einstimmig zum Beschluss erhoben.

Mit gegenseitigen Wünschen für ein gutes und segensreiches Ergebnis der geplanten gemeinsamen Arbeit wurde die Konferenz geschlossen.

Damit wäre endlich auch für das Heer der ungeliebten Proletarier eine internationale Verbindung, die uns in letzter Zeit sehr häufig — namentlich bei den Kämpfen in der skandinavischen Papierindustrie — gefehlt hat, in die Wege geleitet. Ein neues Glied in der den Weltball umspannenden Kette der modernen Arbeiterbewegung und, so hoffen wir, ein festes und dauerndes. Damit immer mehr in Erfüllung gehe der Ruf unseres Altmasters: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1906.

II.

Die Finanzen der Gewerkschaften haben im Jahre 1906 eine noch weit günstigere Entwicklung aufzuweisen, wie in den Vorjahren. Im Jahre 1904 betrug die Gemeinnutznahme der Zentralverbände 20190 630 M., 1905 27812 257 M., und 1906 41602 939 M. Von 1904 zu 1905 stiegerte sich die Einnahme um 37,7 Prozent, von 1905 zu 1906 aber um 49,5 Prozent. Diese Erhöhung der Einnahme ist aber nicht nur infolge der Vermehrung der Mitgliederzahl eingetreten, sondern die Leistungen pro Kopf der Mitglieder sind ganz enorm in den letzten Jahren gewachsen. Auf die gesamten Mitglieder der Verbände berechnet, betragt die Einnahme pro Kopf im Jahre 1891 6,68 M., 1895 11,53 M., 1900 13,89 M., 1904 19,19 M., 1905 20,68 M. und 1906 24,62 M. In den einzelnen Organisationen ist die Einnahme pro Kopf der Mitglieder ebenfalls verschieden. Sie beträgt von 5,44 M. bei den Lithographen, Es hatten 1906 pro Kopf der Mitglieder an Jahresentnahmen:

Lithographen	84,11	Notenbanken	58,61	Buchdrucker	56,64
Buchdrucker	48,00	Glas-Lothringer	46,07	Bildhauer	44,57
Hof- und Staatsdrucker	33,26	Kaufmänner	32,87	Buchbinderei	31,43
Staatsdrucker	30,98	Holzarbeiter	30,91	Vedettarbeiter	30,59
Schaffner	30,04	Bücherdrucker	27,78	Bigartner	27,77
Postbeamte	25,90	Zeitungsdruker	25,49	Kupferschmiede	25,06
Postbeamte	25,05	Druckerei	24,94	Maler	24,63
Postbeamte	22,92	Photographen	24,55	Gräberde	22,86
Postbeamte	22,02	Steindrucker	21,74	Tabakarbeiter	20,84
Postbeamte	20,82	Zeitungsdruker	20,61	Brauerei	20,49
Postbeamte	20,25	Stahlarbeiter	20,49	Baumwollarbeiter	20,33
Postbeamte	19,34	Metallarbeiter	19,31	Handelsarbeiter	19,19
Postbeamte	18,71	Photographen	18,39	Verarbeitungsarbeiter	18,11
Postbeamte	14,83	Staatsdrucker	15,55	Konditoren	17,87
Postbeamte	14,26	Zeitungsdruker	15,27	Portefeuille	17,36
Postbeamte	13,44	Druckerei	15,18	Gärtner	16,97
Postbeamte	12,91	Zeitungsdruker	14,58	Handelsarbeiter	16,56
Postbeamte	12,32	Photographen	14,11	Verkäufer	15,57
Postbeamte	12,09	Zeitungsdruker	13,99	Fabrikarbeiter	15,48
Postbeamte	11,76	Zeitungsdruker	13,39	Büroangestellte	15,25
Postbeamte	11,68	Photographen	12,40	Hotelbeamter	14,99
Postbeamte	11,42	Zeitungsdruker	12,40	Gärtner	14,11
Postbeamte	11,39	Photographen	11,75	Handelsarbeiter	13,39
Postbeamte	10,66	Zeitungsdruker	11,42	Steindrucker	11,42
Postbeamte	9,61	Photographen	10,66	Staatsdrucker	10,66
Postbeamte	5,45	Zeitungsdruker	9,61	Stahlarbeiter	5,45

Bon der Gesamteinnahme des Jahres 1906 im Betrage von 41602 939 M. entfallen auf den Verband der Metallarbeiter 10213 888 M., Holzarbeiter 4526 943 M., Mauer 3.825 598 M., Buchdrucker 2.671 246 M., Fabrikarbeiter 1.791 311 M., Bergarbeiter 1.670 640 M., Bauhüttenarbeiter 1.555 968 M., Zimmerer 1.408 983 M., Lithographen 1.322 448 M., Handels- und Transportarbeiter 1.263 527 M., Tertiärarbeiter 1.153 809 M., Maler 902 034 M., Hafenarbeiter 697 432 M., Buchdrucker 639 195 M., Tabakarbeiter 627 895 M., Schuhmacher 619 850 M., Brauereiarbeiter 548 988 M., Schneider 435 221 M., Steinarbeiter 370 336 M., Schmiede 355 672 M., Porzellanarbeiter 333 852 M., Gemeindearbeiter 320 252 M., Topf 292 302 M., Glasmacher 251 574 M., Stoffdrucker 253 341 M., Bäcker 253 116 M. Es hatten ferner eine Jahresentnahme von 200 bis 250 000 M. vier Verbände, von 100 bis 150 000 M. fünf Verbände, von 50 bis 100 000 M. neun Verbände, von 30 bis 50 000 M. sechs Verbände, von 20 bis 30 000 M. fünf Verbände, von 10 bis 20 000 M. vier Verbände und unter 10 000 M. 3 Verbände.

Für das Jahr 1906 ist in den Verbänden, die wiederholt von Ausperrungen betroffen wurden, die Erhebung von Extrabeiträgen notwendig geworden, deren Größe größtenteils in der Jahresentnahme mit enthalten ist. Die Berechnung der Jahresentnahme pro Kopf der Mitglieder, wie sie vorstehend gegeben, weist deshalb nicht den Betrag aus, der in den einzelnen Organisationen gemäß den Statistiken zu zahlen ist. Bei den Organisationen, die einen großen Bruchteil an Mitgliedern hatten, wird die tatsächliche Jahresbeitragsleistung geringer sein, als die statutärmaßen Leistung, weil ein Teil der Neuvertretenden nicht für das ganze Jahr Beiträge gezahlt hat. Bei den Organisationen, deren Mitgliederzahl sich nicht wesentlich erhöhte, die aber infolge des großen Brücks Extrabeiträge erheben mussten, ist die Summe des geleisteten Jahresbeitrages wahrscheinlich höher, als sie nach dem Statut sein sollte.

Um haben in den letzten Jahren die Gegner der modernen Arbeiterschaftung sich den Kopf darüber zerbrochen, wie hoch die Jahresbeitragsleistung der Arbeiter für ihre Gewerkschaft und ihre politische Organisation ist. Das „Handbuch der nationalen Arbeiter“ kommt eine Berechnung, nach welcher diese Leistungen 70 M. pro Kopf der Mitglieder zu bestehen sollen. Berechnungswise übernahm sich die gesetzliche Presse diese Berechnung in ihre Artikel. Die Arbeitgeber, die ihre Gewerkschaft beim Aussteuertum verlaufen, erporten sich darüber, dass somit ein Arbeitgeber mit einem Einkommen von 1000 M. 7 Prozent Steuern für seine Organisation entrichtet, während der Staat höchstens von 1000000 M. nicht mehr als 4 Prozent erhebt. Die Arbeitgeber sollen, statt sich über die Unmöglichkeit der Arbeit zu empören, lieber einmal bei ihren Auftraggebern nachfragen, wieviel diese für ein einzelnes Diner aus ihrem Gewerbe durch geschäftsmäßig ausbringende Arbeit erworbenen Einkommen ausgeben. Sie würden auf, wenn nicht höher Wille vorlage, leicht sich sagen müssen, dass die Arbeiter nicht so viel für ihre Organisation aufzubringen, wenn der Staat die Einnahmen fast mit 4, mit 10 oder 20 Prozent Steuern beladen würde.

Dann brauchen die notwendigen Gehaltszettel der Städte des Reichs nicht mit indirekten Steuern beladen werden und die Gewerkschaften müssen nicht mit Ausweichungen für Lohnunterlagen und Streiks zu rechnen, die unverhältnismäßig werden. Die Arbeitnehmer müssen ganz genau mit 1000 M. 7 Prozent Steuern beladen werden, die Städte müssen die Brüder der Arbeiterschaft zu schenken verpflichtet, damit die Arbeiterschaft zu bestreiten, die Gewerkschaften zu unterstützen und die politische Organisation zu fördern. Die Arbeitgeber müssen sich darüber zerstreuen, ob sie die Arbeiterschaft zu bestreiten, die Gewerkschaften zu unterstützen und die politische Organisation zu fördern, oder ob sie die Arbeiterschaft zu bestreiten, die Gewerkschaften zu unterstützen und die politische Organisation zu fördern. Die Arbeitgeber müssen sich darüber zerstreuen, ob sie die Arbeiterschaft zu bestreiten, die Gewerkschaften zu unterstützen und die politische Organisation zu fördern, oder ob sie die Arbeiterschaft zu bestreiten, die Gewerkschaften zu unterstützen und die politische Organisation zu fördern.

1904 17 738 756 M. und im Jahre 1891 1.606 534 M. Pro Kopf der Mitglieder aller Verbände berechnet, betragen die Jahresausgaben 1891 9,62 M., 1895 9,86 M., 1900 11,89 M., 1904 16,86 M., 1905 18,61 M. und 1906 21,88 M.

Auf die einzelnen Zweige gewerblicher Tätigkeit entfallen von den Ausgaben des letzten Jahres folgende Summen:

	Organisationen	M.
Verbandsorgan	66	1.594 009
Agitation	65	1.820 753
Streiks im Beruf	57	13.366 933
Streiks in anderen Berufen	53	381 479
Rechtschutz	56	342 339
Gewerbegesetzunterstützung	46	795 209
Reiseunterstützung	46	758 222
Arbeitslosenunterstützung	43	2.653 296
Krankenunterstützung	43	8.281 741
Invalidenunterstützung	9	351 181
Beihilfe in Sterbefällen	44	416 177
Beihilfe in Notfällen	45	514 368
Haushaltsgüter	42	250 797
Stellenvermittlung	18	26 559
Bibliotheken	34	255 203
Sonstige Zwecke	59	3.278 041
Konferenzen und Generalversammlungen	48	283 772
Beitrag an die Generalkommission	59	220 754
Beitrag zu internationalen Verbindungen	21	21 417
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	40	420 709
Projektkosten	14	26 516
Gehälter	66	548 648
Verwaltungsmaterial	66	763 375

Die Ausgabe für Streiks und Ausperrungen steht, wie nach dem Verhalten des Unternehmertums in Deutschland nicht anders zu erwarten, an erster Stelle. Über auch die Unterstützungen an Arbeitslosen und Kranken sind ganz bedeutend in die Höhe gegangen. Wie sich diese Ausgaben im Laufe der Jahre erhöht haben, zeigt die folgende Aufstellung. Es veranschlagten die Gewerkschaften für

	1891	1895	1900	1905	1906

<tbl_r cells="6

Aus der chemischen Industrie.

Die Gewerbeinspektion muß rascher arbeiten.

Im Frankfurter Arbeiterschlafsaal findet vor wieder eine schlechte Beleidigung statt. Angaben aus dem Hochstetzer vernehmen. So wird aus dem Raum Indigo G. (Amit-Mendau) wo aus 20 Kesseln giftige Dämpfe emporquellen, berichtet, daß dort keine Ventilation vorhanden ist. Die Arbeiter müssen in diesem Raum bei einer Hitze von 40 und mehr Grad arbeiten. Da auch nur vier Mann zur Bedienung der 20 Kessel vorhanden sind, so ist es den Sesseln unmöglich, ein Feuer zu entzünden, außerhalb des Raumes einzunehmen. Und es kann nicht, da die wegen der schädlichen Dampftwicklung ebenfalls unmöglich. Anfangs dieses Monats verunglückte ferner ein Arbeiter Jäger in der Fabrik tödlich. Vor einem Jahre ist ein Arbeiter aus demselben Raum ebenfalls so plötzlich gestorben. Da der damalige Todesfall während der Essenszeit eingetreten war, so bestätigte der Arzt, daß der Mann nicht das Opfer einer Unterversorgung geworden, sondern daß er an einem Brocken Fleisch erstickt sei. Zumal wurde damals angeordnet, daß die Arbeiter täglich vom Arzte untersucht werden sollten, um festzustellen, ob sie die in Betracht kommenden Arbeiten auch ausführen könnten. Nach einiger Zeit wurde diese Untersuchung einem Chemiker übertragen, und inzwischen ist auch das eingestellt worden. Es wurde auch angeordnet, daß den Arbeitern im Para-Nitroanilin-Selters- und Limonadenwasser verabreicht werden soll. Das Wasser ist auch das, aber meistens nur für die Aufseher und Vorarbeiter. Die Arbeiter, besonders Handwerker, die in dem Raum Reparaturen zu machen haben, bekommen sehr wenig oder überhaupt nichts davon. Der Lohn und Arbeitsverhältnisse sind trotz des großen Gefündungsbedürfnisses die denkbare schlechtesten. Der Anfangslohn beträgt 32 Pf. und die Arbeitszeit regelmäßig 12 - 13 Stunden. Die besondere für die Arbeiter an den Schleuderläden nötige Abfützung wird meistens unterlassen. Jetzt allerdings, nachdem der Säulenträger wieder einen Menschenleben gefosset hat, hat man gleich wieder einen. A b l u p p a r a t h e r g e r i c h tet und der wohl erst durch unsre Notiz aufmerksam gemachte Gewerbeinspektor fand gestern wieder alles in Ordnung. Wie lange das aber anhält, das wissen die Götter. Es ist doch ein Jammer, daß die Gewerbeinspektion nicht soviel Zeit und Kräfte hat, um diese Dinge häufiger und gründlicher zu kontrollieren. Die Herren Aufsichtsbeamten sollten einmal gegen ihre Überlastung freilen, damit sie endlich die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Zustände lenken und ausreichende Hülfe für eine fortlaufende Rücksicht erhalten.

Zur Nachahmung für Benzol-Arbeiter!

Der mächtige deutsche Kapitalismus hat zwar wieder einmal bei deutschen Behörden einen Erfolg erzielt gegen die Abwehr von Gesundheitsgefahren durch die bedrohte Bodenkrise. Dieses muß die Schädigung durch Benzoldämpfe über sich ergehen lassen. Aber wie sie sich zusammen mit städtischen Behörden wehren, ist und bleibt doch lehrreich für die Benzolarbeiter. Die Firma Henrich & Sohn in Kassel, Abteilung Henrichshütte in Hattingen, hatte beantragt, ihr die Genehmigung für eine Kaserne- und Benzolanlage auf ihren Grundstücken in der Nachbargemeinde Winz zu erteilen. Gegen diese Absicht, die die Firma schon bald anzuführen begann, hatte eine Anzahl benachbarter Grundbesitzer, sowie die Stadt Hattingen Einspruch erhoben und diesen Einspruch übereinstimmend damit begründet, daß die Anlagen in gesundheitlicher Beziehung für die Bewohner und für die Bearbeiter des Grundstückes, sowie für die Allgemeinheit des berührten Stadtteils von schädlichem Einfluß seien, da Benzol, sowie es mit der atmosphärischen Luft in Verbindung kommt, äußerst explosionsfähig sei und diese Explosionsgefahr, auch wenn die Dämpfe in einem Raum geführt werden sollen, nicht vollständig ausgeheben werden würde. Die Stadt Hattingen begründete ihren Einspruch insbesondere damit, daß die geplante Anlage in der unmittelbaren Nähe der Stadt und der jetzt schon mit vielen Bauten versehenen Bismarck-, Moltke- und Hüttenteiche liege; eine Explosion auf den Anlagen würde daher die schwersten Folgen nach sich ziehen; die Anlage gehöre in eine unbewohnte Gegend, nicht aber in die unmittelbare Nähe einer Stadt. Der Kreisausschuß wies, nachdem er eine Reihe von hervorragenden Sachverständigen vernommen, die Einsprüche zurück und erteilte die nachgesuchte Genehmigung zur Anlage. Der Minister für Handel und Gewerbe hat diesen Beschluß bestätigt. Die Hattinger Haushalter müssen sich also die Benzoldämpfe gefallen lassen. Wer wehrt sich denn die unmittelbar bei Benzol beschäftigten chemischen Arbeiter auch nur entfernt in ihrer Haut, wie die Haushalter? Wenn sie es tun und immer wieder und entschiedener besseren Schutz durch bessere Betriebs- und Arbeitsverhältnisse verlangen, würde das Kapital, das sie anstrengt und allmählich doch immer mehr Zugeständnisse machen müssen. Durch "Gebüld" erreicht man nichts!

Deutscher Arbeiterschweiss für Amerika.

Die Stellung Deutschlands auf dem amerikanischen Chemikalien- und Drogenmarkt im Jahre 1906 ist aus der nachfolgenden amtlichen Tabelle zu erkennen, die jenen der "Reichsanzeiger" veröffentlicht:

Umerikan. Gesamt- Einführ- Gesamt- aus Deutsch- Dollars	Prozent aus deutsch- Dollars	Anteils	
Uazarin und Uazarinfarben	625 491	590 101	94
Kohlenterfarben	5 755 596	4 546 399	79
Indigo	1 044 148	814 327	78
Glycerin	2 302 188	11 833	0,5
Chloroform	879 260	154 355	17,5
Chorfali	2 360 771	3 278 444	97
Andere Kaliverbindungen	1 812 015	1 525 931	84
Chin-Alkalioide	740 813	378 353	51
Natriumverbindungen	252 206	80 905	32
Explosiv-Stoffe (ausgenommen Fixierzärs)	493 506	74 287	15
Flüchtige Oele, frei	1 933 040	218 403	11
Flüchtige Oele, zollpflichtig	929 965	312 934	36,6
Anstrichfarben, Pigmente	1 696 808	670 557	39
Parfümerien (seine Seifen)	1 054 426	38 773	3,6

Der Anteil Deutschlands an der Einführung ist in Uazarin, Kohlenterfarben und Hulsfärbstoffen, Farberbindungen, Natriumverbindungen, Farben und Pigmenten und Handtüchern noch weiter gestiegen. Ein unbedeutender Rückgang der Einführung Deutschlands stand in Chin-Alkaloiden und flüchtigen Oelen statt. In der Verteilung der Einführung auf die verschiedenen Plätze der Vereinigten Staaten sind Verschiebungen von Bedeutung nicht vorgekommen. New York ist der bedeutendste Platz, nach ihm kommen im wesentlichen zur Boston und Philadelphia in Betracht. Welche Oele an Schönheit und Leben müssen aber die Kollegen bringen, um diese schwungvollen und temtalen Handel ihrer deutschen Unternehmer mit Amerika möglich zu machen. Die 50 Millionen Mark Ausfuhrwert schaffen die deutschen Arbeiter zu dem hundertsten Teil Lohn — bis sie ihr Elend besser begreifen und sich besser zusammengefaßt haben.

Zum Elend in der Kiefer-Fischindustrie.

Ein für die Unternehmer ertragreicher Gewerbezweig ist zweifellos die Fisch-Händler, Braterei und Wursterei. Man braucht sich nur die schönen Häuser und die mit allem Komfort ausgestatteten Wohnungen dieser Herren anzusehen, so kommt man unwillkürlich auf den Gedanken, daß diese Industrie reichen Gewerken verschafft, d. h. für die Unternehmer, die Arbeiter und Arbeitnehmer spüren davon nichts.

In massen, unzähligen und kalten Räumen müssen die Arbeitskräfte frönen. Oft ist nicht einmal ein warmer Raum vorhanden, wo sie ihre kranken Mahlzeiten einnehmen und ihre kalten Kleider trocknen können. Um sich nur einzermachen zu erwärmen, sehen sich dann diese Leute in die Räucherkümmere oder in sonst einen Zimmersaun und verzetteln dort ihr Stück Brot. Dass das der Gewerbebeitrag ungünstig ist, wird wohl niemand zu behaupten wagen. Unsleme jedoch keine Einigung erzielt, wurde der Organisationsdirektor

raume scheint man fast überall als Augus zu betrachten, wenigstens sind derartige Einrichtungen in den älteren Häusern vorhanden. Auf dem Spindelbock, aber in sonst einem beliebigen Winkel legen sich mit den Wasserdampfschläuchen ihre Kleider und ihr Obst nieder. Deshalb verhält es sich mit den Wasserdampfschläuchen. Das bedingt, daß penetrante Dampfgeruch auch noch in die Wohnungen dieser Leute getragen wird.

Denkt man eine horrende Wohnung, so braucht man nicht erst nach der Beleidigungskarte der Bewohner zu fragen, das hat uns schon unser Gerichtsorgan gesagt.

Man sollte man doch annehmen, daß diese Arbeiter und Arbeitnehmer, so wie wir sie ungehobenen und höflichen schaffen müssen, wenigstens nicht allzu lange Arbeitszeit hätten. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Die Arbeitnehmer, denen es sind vermögend, weibliche Arbeitsträger, welche gezwungen sind, ihre Arbeitskraft diesen Fünfzehn Minuten zur Verfügung stellen zu müssen, haben gar kein Bezahlungskreis über ihre Zeit, sie sind der willkürlichen Ausbeutung nicht ohne weiteres preisgegeben. Da heißt es einfach, es wird bis abends 9, 10 oder 11 Uhr gearbeitet und damit basta. Ob die Leute so wollen oder wollen, dann wird nicht gehabt, wer sich nicht läuft, der fliegt. Für den Unternehmer ist die Hauptfahne, daß recht viel Proft erschüttert wird.

Ebenso verhält es sich mit der Sonntagsarbeit. Da wird einfach bestimmt, um die und die Zeit habe ihr Sonntags da zu sein, ob dadurch zu Hause die Wirtschaft verletzt oder die Kinder verstoßen, was kümmert das den Unternehmer. Profit! Profit! Profit! Das ist für ihn die Lösung. Und dann treten diese Herren hin und behaupten, die Sozialdemokratie wolle die Ehe abschaffen und die Familie zerstören. Wahrlieb, wenn die Sozialdemokratie das möchte, hier gäbe es für sie keine Arbeit mehr, das befürchten die Herren Geschäftsführer der Firma.

Man könnte nun der Ansicht huldigen, daß für diese überaus gefährliche Arbeit und diese überlange Arbeitszeit noch ein ausländiger Lohn gezahlt würde. Aber weit gefehlt. Stundenlohn von 20 Pf. und keine Gehaltszeit, 25 Pf. bilden die Regel. Für Arbeitsträger und Sonntagsarbeit gibt es keinen. Deut mehr, höchstens, daß diejenigen, welche sich weigern einzutreten, einfach entlassen werden. Wenn man nun in Betracht zieht, daß Artikel in bezug auf Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten eine der teueren Städte Deutschlands ist, so wird man begreifen können, wie sehr sich die Arbeiter und Arbeitnehmer einschränken müssen, und zwar auf Kosten ihrer Gesundheit, um mit diesen traurigen Löhnen existieren zu können. Leider sind diese Arbeitnehmer sehr schwer zu bewegen, das Mittel zu ergreifen, welches allein instand ist, dieses Elend zu mildern und ihnen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, nämlich die Organisation.

Die Fischräuchererei ist in der Hauptfahne Saarbrücken. Hat man nun einer Teil dieser Arbeitnehmer organisiert, so lehnen sie doch dem Verband wieder den Rücken, sobald die Saison wieder nachlässt. Bei Beginn der Saison auch dann wieder von vorn angefangen werden, und daher kommt es auch, daß an einem Tag bis jetzt hier am Ort noch nicht zu denken gewesen ist. Nur wenn die Arbeiter und Arbeitnehmer einschränken müssen, und zwar auf Kosten ihrer Gesundheit, um mit diesen traurigen Löhnen existieren zu können. Leider sind diese Arbeitnehmer sehr schwer zu bewegen, das Mittel zu ergreifen, welches allein instand ist, dieses Elend zu mildern und ihnen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, nämlich die Organisation.

Hamburg. Lohnreduzierung und Arbeitseinstellung in den Arbeit- und Gummiverarbeit von Alfred Schön, Aktien-Gesellschaft, Fabrik Barthel, Flotowstraße. Die Arbeiter und Arbeitnehmer des Pneumatik- und Auto-Sales eben benannter Fabrik haben am Montag, 26. d. M., sämtlich die Arbeit niedergelegt. Unter der Arbeiterschaft ist ja die Calmonica Aktiengesellschaft, wie sie kurz genannt wird, durch allerhand Vorwürfe seit jeher verachtet. Schrifte, rigorosesten Vorgesetzten von Seiten der Firma gegen die Arbeiter und niedrige Löhne waren dort immer an der Tagesordnung. Gestern es den Arbeitern der einzelnen Abteilungen, durch intensive Arbeit den Lohn auf eine einigermaßen menschenwürdige Höhe zu bringen, dazu war die Betriebsleitung bei der Hand, die Löhne und Arbeitsbedingungen zu reduzieren; die schlechten Organisationsverhältnisse kamen dabei immer zu platzen. Und jetzt, in einer Zeit, die dagewesene Zeuerungsverhältnisse, durch welche die Angehörigen der unteren und mittleren Bevölkerungsschichten geradezu in den Kampf für Erhöhung des Einkommens getrieben werden, kommt die Firma tatsächlich bei und hestet einen Antrag in den Fabrikräumen an, welcher für die beteiligten Arbeiter einen Lohnausfall von 1,50 - 8 M. pro Mann und Woche bedeutet. Anfangs voriger Woche wurde diese Verfugung für die Arbeiter und Arbeitnehmer des Pneumatikhauses angekündigt, für die Arbeiter der Autoabteilung liegt die Verfugung in Bereitschaft. Da im Betrieb am Mittwoch Wochenschluß ist, so weigerten sich sämtliche Arbeiter und Arbeitnehmer eben benannter Abteilung, am Donnerstagmorgen zu den reduzierten Lohnsätzen die Arbeit anzunehmen. Bis 9½ Uhr ruhte die Arbeit vollständig. Einer Kommission, welche mit der Betriebsleitung unterhandelt, wurde erklärt, man sollte ruhig die Arbeit wieder aufnehmen, die alten Lohnsätze sollten bis Sonnabend noch in Kraft bleiben, man wolle dann mit der Kommission weiter unterhandeln. Als die Kommission am Sonnabend wieder vorstellig wurde, wurde sie mit nichtstzagenden Redensarten abgeschafft. In der sich daran anschließenden Versammlung beider Abteilungen (Pneumatik- und Autohaus) wurde beschlossen, am Montagmorgen nochmals die Kommission vorzuschieben, und, falls dieselbe keine befriedigende Antwort bringt, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Da auch in dieser Verhandlung von Seiten der Firma der verschlechterte Lohn nicht zurückgenommen wurde, so erfolgte die Arbeitseinstellung.

Harburg. Am Mittwoch, den 21. d. M., tagte im Lokale des Herrn Lamprecht-Karnapp eine Betriebsversammlung sämtlicher Arbeiter der Firma Brundum u. Bergell (Harburger Delware), die sich eingehend mit dem an die Firma eingerichteten Gefüge beschäftigte. Es waren folgende Forderungen gestellt:

1. Für alle im Lohn beschäftigten Arbeiter einen Stundenlohn von 45 Pf. (bissher 39 Pf.).
2. Für alle diejenigen Arbeiter, die schon einen höheren Tagelohn als 3,80 M. bekommen, eine Zulage von 40 Pf. pro Tag.
3. Die sonntägliche Heuerwage soll wie Nebenstundenarbeit bezahlt und auch zu 12 Stunden berechnet werden.
4. Erhöhung des Tagelohnes für Frauen von 2 auf 2,20 M.
5. Für Kaufmannsladen im neuen Schuppen sowie im Brundumschen Schuppen soll der Altkredit um 10 Prozent erhöht werden.
6. Für Baumwollsaal lädt statt 45 50 Pf. pro Stunde.
7. Für sämtliche im Betriebe gemachten Nebenstunden, ob Lohn oder Altkredit, ist ein Aufschlag von 25 Prozent zu gewähren, sowie Einschränkung der Nebenstunden.
8. Eine ruhige, sachliche Behandlung durch den Lagermeister auch.

Der Arbeiterausschuss erstattete nun Bericht über die am Dienstag geplante Unterhandlung mit der Firma, welche folgende Begründung gemacht hat:

Zu Punkt 1: Tagelohn 4 M., 2½ Stunden Arbeitszeit, Einheitsstunde 41 Pf.

2. Gänzlich abgelehnt.
3. Feuerwache (Sonntags) 5 M.
4. Tagelohn für Frauen 2,20 M.
5. 5 Prozent Erhöhung.
6. Baumwollsaal lädt 50 Pf. pro Stunde.
7. Nebenstunden 20 Prozent.
8. Eine Behandlung hierzu wird geschlossen.

Rach länger bestiegene Debatte erlaubten die Arbeiter sich mit diesen Punkten nicht ganz einverstanden und beanspruchten den Arbeiterschaft, am Donnerstag wiederum vorstellig zu werden und hauptsächlich die Punkte 2, 3 und 7 zur Gelung zu bringen.

Am Freitag, den 22. d. M., sollte dann die entscheidende Versammlung stattfinden. Nachdem am Donnerstag der Arbeiterausschuss vorstellig wurde, jedoch keine Einigung erzielt, wurde der Organisationsdirektor

unseres Verbandes am Freitagmittag bei der Firma vorstellig, jedoch kurzfristig abgewiesen, indem der Betriebsleiter erklärte: Er verhandle nur mit seinen Leuten.

Dennoch holte das Fügezeugen der Organisation den Erfolg, denn der Betriebsleiter sofort den Arbeiterausschuss zu sich zusammenrief und nach einer zweiten Unterhandlung abends um 6 Uhr weitere Begegnungsmöglichkeit.

Bei diesen Begegnungen erklärten sich die Arbeiter einverstanden und so wurde das, was vor einigen Stunden unabwendbar schien, auf friedlichen Wege erledigt, ehe es zum offenen Kampf kam. Da die Kollegen bei Brundum u. Bergell zunächst über die Fähigkeit, immer mehr für die Ausbreitung und Festigung ihrer Organisation Sorge zu tragen, hat doch der Herr Betriebsleiter geäußert: "Was wollen Sie mit dem Verband, geben Sie sicher das Geld, das Sie dort hineinzahlen, in die Sparasse." Es wurde von einigen Kollegen eines anderen belehrt. Nur dem Umstände, daß die Kollegen auf einzelne Ausnahmen einheitlich organisiert sind, verdanken sie es, daß sie diese Lohnbewegung ohne Kampf durchdringen konnten. Daher rästet weiter!

Hochspeicher. Der Streit in der chemischen Fabrik von Ottmann dauert fort. Die Firma verweigert jedes Entgegenkommen, obwohl die Forderungen der Streikenden nicht als beherrschend sind. Denn daß eine Lohnforderung von 28 Pf. pro Stunde im Durchschnitt nicht berechtigt wäre, noch da zu in einer Gegend, in der die Durchschnittslöhne der betreffenden Industrie 56 Prozent höher sind (26 zu 39), wird jenant mit gesundem Verstand nicht zu beantworten wagen. Das weiß auch die Firma Eg. Ottmann, sie weiß höchstens auch, daß die Firma leichter umgeht, zum Teufel ist. Bei dem seligen Herrn Ottmann, dem Vater der jetzigen Inhaber, einem allgemein geachteten, menschenfreudlichen Herrn, wäre das nicht vorgekommen, so erzählen die alten, grauen Männer, die ein Menschenalter in dem Betrieb tätig waren, vor dem wegen einiger Pennige auf die Straße getrieben wurden. Herr Ottmann brachte sich wahrlich bei Beleidigung der Forderungen keine Behinderung entgegen, denn daß davon die Rentabilität des Betriebes abhängen soll, ist einfach ausgeschlossen. Die Kollegen sind der Meinung, nicht die Herren Firmeninhaber seien schuld an dem unguten Kampfe um ein paar Pennige, sondern der Betriebsleiter Bißheller, ehemals ein armer Junge, jetzt ein Fasser der Armen.

Die im Auslande befindlichen sind die besten Arbeitsträger, wie ja in allen Fällen die Leute, die sich selbst nichts zugetan, die der Meinung sind, wenn sie es Hochspeicher nicht mehr sein können, habe die Welt ein Ende, als Streiktreiber stehen bleiben. Gelingt es uns, fremde Arbeitsträger fern zu halten, so ist es ausgeschlossen, daß der Kampf zu unseren Ungunsten verlaufen könnte, da nur die Mannschaft für eine volle Sicht zur Verfügung steht, die sich auf zwei Schichten verteilt. Tag und Nacht sind die Streikenden auf dem Posten, und wer unter Beleidigung all dieser Unstände es fertig bringt, zum Streiktreiber zu werden, den darf man getrost zu den verteidigten Naturen zählen, welche unter Lebewesen zu finden sind.

Welschen. Für die Arbeitnehmer der Firma F. L. Hoengiger u. Cie, Haarzieherbetrieb, wurde auf die Dauer vor drei Jahren ein Vertrag geschlossen, wobei eine 10 prozentige Lohnerhöhung, 9½ Stunden Arbeitzeit (früher 10 Stunden), an den Sonnabenden eine weitere halbe Stunde Verkürzung, sowie die Freigabe des 1. Mai erreicht wurde.

In der Papierwarenfabrik von Stiefel u. Manzinger in Pasing wurde durch Vermittlung der Organisationsteitung die Blätterzeitung um 20 Minuten verlängert und die Ründigungszeit von 14 auf 8 Tage herabgesetzt.

Speyer. In der Imprägnieranstalt und dem neugegründeten Sägewerk von Gebr. Himmelbach erreichten die Kollegen durch Abschluß eines Tarifvertrages eine wesentliche Verbesserung und Sicherung ihrer Arbeitbedingungen. Die Firmeninhaber wollten zwar anfangs nichts mit dem Vertreter des Verbands zu tun haben, erklärten sich aber nach einem Streik bereit, mit ihm zu verhandeln. Einer Philippila über die bösen Arbeit, die mit ihren Forderungen immer gerade dann kommen, wenn sie alle Hände voll zu tun haben, begegnete Kollege Ober mit dem lächelnden Einwand, daß die Unternehmer Lohnkürzungen auch immer dann vornehmen, wenn wenig oder nichts zu tun ist. Es kann dann schließlich auch zu einer Verständigung. Erreicht wurde für die Arbeit der Schwedensäfte 30 prozentige Lohnerhöhung und für Nebenstunden und Sonntagsarbeit, für die bisher ein Aufschlag nicht bezahlt wurde, eine Erhöhung um 15 resp. 25 Prozent. Der Lohn für die im Sägewerk Beschäftigten wurde auf 42 Pf. pro Stunde festgelegt, für Nebenstunden sollen 10 und für Sonntagsarbeit 25 Prozent Aufschlag gezahlt werden. Die Lohnabhängigkeit ist achtzig. Dieser Erfolg ihrer Einigkeit muss die Kollegen veranlassen, unermüdlich für ihre Organisation zu wirken.

Korrespondenzen.

Battrover. Der reißt erstaunliche Anschwung, den unsere Fabriksleute in den letzten Jahren genommen, hat die Anstellung beider Gülfässerhersteller notwendig gemacht. Nachdem eine frühere Versammlung etsem diesbezüglichen Antrag

